



**Bürger
initiative**
Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Gorleben Rundschau

März / April 2013 • # 1006 / 1007



Aktuell

**Kampagne zum
Endlagersuchgesetz**

Reportage

**Atommüllkonferenz
in Kassel**

Interview

Marcos Buser

Bestimmen wir den Neuanfang!

Zum 36. Jahrestag der Gorlebenentscheidung spitzt sich der Streit um das Endlagersuchgesetz zu. Statt niedersächsische Argumente zu hören, wirft man in Berlin der neu gewählten Regierung in Hannover Spiel auf Zeit oder politische Unreife vor. Weil wir in Niedersachsen mit dem Bergwerk Asse und mit Schacht Konrad geschlagen sind, weil wir genug wissen über die schlechte Geologie Gorlebens, müssen wir ein Gesetz stoppen, das im Kern ein Gorleben-Durchsetzungsgesetz ist. Niedersachsen fordert eine ernsthafte Beratung zwischen Politik, Wissenschaft und Bürgern. Eine Bestandsaufnahme der verfahrenen Lage soll vor der Gesetzgebung die Basis für einen Neuanfang legen. Diese Analyse und die Klärung der Anforderungen sowie Regeln eines Verfahrens für eine ergebnisoffene Suche können mit einer unabhängigen Kommission besser geleistet werden. Die Dimension der Aufgabe verlangt Offenheit sehr früh im Verfahren. Ich streite für eine plurale Kommission. Nach 36 Jahren Gorleben weiß ich, dass die Aufgabe Endlagerung nur in Transparenz und Vertrauen zwischen Bürgern und Politik bewältigt werden kann.

Frühestens 2060 kann ein deutsches Endlager für hochradioaktiven Müll in Betrieb gehen. Wir können und müssen uns angemessen Zeit für die Bestimmung des Neuanfangs nehmen. Wir vermeiden so vielleicht die Fortsetzung des jahrzehntelangen Gorlebenkonflikts und hoffentlich Fehler, die schlimmere Folgen hätten als in der Asse.

Da müssen wir durch!

Rebecca Harms
Fraktionsvorsitzende der Grünen
im Europaparlament

GRUSSWORT





Liebe Leserinnen und Leser,

„Vor fünfzig Jahren hätte man niemals in diese Technologie einsteigen dürfen, ohne zu wissen, wo man mit dem Müll bleibt“, sagte Bundesumweltminister Peter Altmaier den Wendländern bei seinem ersten Besuch in Gorleben im Januar. „Ich danke Ihnen für Ihren Widerstand.“ Diese womöglich zu späte Einsicht kann nicht darüber hinweg täuschen dass der Widerstand der Wendländer auch angesichts der perfiden Pläne des Ministers zu einem eiligen Endlagersuchgesetz gänzlich ungebrochen ist und auch sein muss. Denn nicht der Dank, sondern das drückende Verantwortungsgefühl für Tausende zukünftige Generationen ist auch 36 Jahre nach der Standortbenennung Gorleben Anlass für anhaltende Proteste und unermüdliche Aufklärungsarbeit. Darum hat die Bürgerinitiative sich auch unmittelbar nach dem Minister-

IMPRESSUM

Redaktion: Torsten Koopmann,
Jan Becker, Franziska Behn,
Andreas Conradt, Andrea Hagen
Gestaltung: Andrea Hagen
Druck: Buchdruckerei Otto Dennstedt,
Dannenberg

Auflage: 3700, Papier: Recysatin

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

info@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de
www.bi-luechow-dannenberg.de

Spendenkonto:
Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg
Kontonummer: 0044060721
Bankleitzahl: 25850110
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

besuch mit anderen bundesweiten Standortinitiativen zu einer Atommüllkonferenz getroffen und die dringend erforderliche Atommülldebatte eröffnet, die von der Politik fahrlässig verschleppt wird. Nicht allein der Verbleib abgebrannter Brennstäbe ist in der Republik völlig ungeklärt, auch etlicher Müll anderer Strahlungsfraktionen, der Rückbau und Verbleib stillgelegter Atomkraftwerke, die Rückholung der wilden Atommüll-Deponie Asse II, die Zukunft von Morsleben und die Illusion, mit Schacht Konrad stünde ein „geeignetes“ Bundesendlager bereits zur Verfügung:

Das Atomzeitalter steht nicht vor dem Ende, es hat bedauerlicher Weise gerade erst begonnen ...

So mahnt die BI auch dieses Jahr wieder, sowohl im Wendland, als auch überregional, an die anhaltenden Katastrophen und das grenzen-

lose Leid der Menschen in Fukushima und Tschernobyl zu denken. Vor dem Hintergrund eines Super-GAU's alle 14,5 Jahre weltweit wird der Wahnsinn einer Betriebsgarantie für die verbleibenden deutschen AKWs bis 2022 erst deutlich, denn der nächste GAU könnte sich auch in Mitteleuropa ereignen.

Abseits aller düsteren und bedrückenden Aussichten macht sich die BI auch Gedanken, was erforderlich wäre, um angesichts der nicht mehr wegzudiskutierenden atomaren Lasten im gesellschaftlichen Konsens einen verantwortungsvollen Umgang zu finden. Ein überparteiliches und gesellschaftlich pluralistisch besetztes Gremium könnte den Faden wieder aufnehmen, der mit den Vorschlägen des Arbeitskreises Endlager einmal fallen gelassen wurde.

Denn: Gorleben soll leben, der Rest der Welt soll's auch!

Martin Donat, Vorsitzender der BI

ATOMMÜLL GIBT ES VIEL

Torben Klages berichtet von der Atommüllkonferenz in Kassel



Winter 2012 am Schacht Konrad:
Eine Aktion, um auf die unverantwortliche
Politik der Atommüllentsorgung
aufmerksam zu machen.

Die strahlende Hinterlassenschaft besteht bei Weitem nicht nur aus abgebrannten Brennelementen der Atomkraftwerke. Auch Bauteile der rückzubauenen Kraftwerke, flüssige Industrieabfälle und der aus der Asse zu bergende Müll gehören dazu. Ein riesiger Berg zum Teil hochaktiven Mülls also, mit dessen derzeitigem Umgang die Bürgerinitiativen (BI) rund um die Endlager-Standorte Schacht Konrad, Asse II, Morsleben und Gorleben nicht einverstanden sind.

Anfang Februar versammelten sich darum zahlreiche Anti-Atom-Initiativen in Kassel, um an der zweiten Atommüllkonferenz teilzunehmen. Den Initiatoren AG Schacht Konrad, Asse-2-Koordinationskreis, BI Morsleben und BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg gelang es damit, diese bundesweite Konferenz nach dem ersten Treffen in Hannover im vergangenen Jahr weiter zu etablieren.

Die Verlegung des Veranstaltungsortes nach Kassel führte zu einer größeren Teilnahme der südlichen Initiativen – Voraussetzung, um möglichst viele Initiativen zusammenzuführen, die sich mit Atommüll in ihrer Region beschäftigen. Viele Gruppen reisten mit mehreren Teilnehmerinnen und Teilnehmern an, um auch jenseits ihres eigentlichen Schwerpunkts in anderen Arbeitsgruppen Austausch zu finden.

Eine große Bereicherung für alle Teilnehmenden der Atommüllkonferenz war ein Referat des Geologen Marcos Buser über die Erfahrungen des „Schweizer Modells“ zur Suche eines Endlagerstandortes. Er nahm an der Entwicklung des „Schweizer Verfahrens“ teil, verließ jedoch das Gremium, nachdem er feststellte, dass hinter den Kulissen bereits ein Standort von Beginn an feststand. (Siehe das Interview auf Seite 12)

Weitere Atommüllkonferenzen sind geplant
www.bi-luechow-dannenberg.de

„An den von den Kraftwerksbetreibern vorgegebenen Rückbau bis zur grünen Wiese glaubt hier niemand!“

Schonungslos legte Buser in seinem Vortrag die Schwachpunkte bei der Verfahrenssuche offen – ein besonderer Input für die Arbeitsgruppe „Gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Atommüll/Endlagersuchgesetz“. „Wir sehen uns durch den Vortrag von Herrn Buser ein weiteres Mal bestätigt in der Ablehnung eines voreiligen Gesetzes“, so AG-Moderator Martin Donat von der BI Lüchow-Dannenberg. „Die Fehler des Schweizer Verfahrens finden sich in dem Vorhaben zu einem ‚Endlagersuchgesetz‘ der Bundesrepublik wieder.“

Dass jedoch die Frage nach einem Ort zur dauerhaften Verwahrung von Atommüll nicht die einzige Frage im Umgang mit Atommüll ist, beleuchtete die Arbeitsgruppe „Abschaltung-Stilllegung-Abriss“.

„Auch innerhalb der Anti-Atom-Bewegung stellt die so genannte ‚Entsorgung‘ der bereits abgeschalteten Atomkraftwerke eine neue thematische Auseinandersetzung dar“, gab Henning Garbers vom Asse-2-Koordinationskreis zu bedenken. An den von den Kraftwerksbetreibern vorgegebenen Rückbau bis zur grünen Wiese glaubt hier niemand!“

Welches Ausmaß die Müllmenge überhaupt einnimmt und an welchen Orten sie sich verteilt, versuchte die Arbeitsgruppe „Bestandsaufnahme und Verfassung eines Sorgenberichts“ unter der Leitung von Peter Dickel von der AG Schacht Konrad zu erfassen. „Die skandalösen Verfahren, mit denen Atommüll zu einfachem Industiemüll und letztlich sogar zu einem Wertstoff verarbeitet werden, sind ungeheuerlich“, so Dickel. Unterstützt wurde die AG von Gruppen aus Duisburg und Braunschweig, die von skandalösen Entsorgungs-

maßnahmen, die sich täglich in direkter Nachbarschaft zu Wohngebieten abspielen, berichteten. Mit dem Abschluss des Projektes dieser Arbeitsgruppe, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, eine bundesweite Bestandsaufnahme von Atommüll zu publizieren, darf im Herbst dieses Jahres gerechnet werden. Die Arbeitsgruppen „Abschaltung-Stilllegung-Abriss“, „Gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Atommüll/Endlagersuchgesetz“ und „Bestandsaufnahme zur Verfassung eines Sorgenberichts“ sollen auch über die Konferenz hinaus den unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten der Initiativen Rechnung tragen und dafür sorgen, dass sowohl Austausch als auch Strategien entwickelt werden können.

Zum Ende der Atommüllkonferenz in Kassel formulierte das Abschlussplenum noch vor Ort die Forderungen der Anti-Atom-Bewegung an die Politik. (Siehe Kasten) *

Forderungen an die Politik

1. Ein Endlagersuchgesetz muss gestoppt werden. Ein Parteienkonsens ersetzt nicht die kritische Auseinandersetzung der Bevölkerung mit der Frage, wie dieser Prozess gestaltet werden soll.
2. Die Fehler der Vergangenheit müssen aufgearbeitet werden.
3. Ein dem Stand von Wissenschaft und Technik angepasstes Verfahren muss Rückschritte zulassen und einem unabhängigen, legislaturübergreifenden und externen Kontrollgremium mit der Kompetenz zur Rücküberweisung unterliegen. Der Bevölkerung sind dabei weitreichende substanzielle Mitbestimmung und Kontrollrechte einzuräumen sowie rechtliche Überprüfungsmöglichkeiten zu erhalten.
4. Die Rückstellungen der Energieversorgungsunternehmen müssen in einem öffentlich-rechtlichen Fonds zur Verfügung gestellt werden.
5. Alle Initiativen sind sich einig, dass Atomkraft sofort gestoppt werden muss. Alle Atomanlagen müssen stillgelegt werden.

Das Gorleben-Kartell (#2)

In der letzten Gorleben Rundschau haben wir begonnen, das Geflecht von Firmen und Behörden, das an Gorleben beteiligt ist, zu durchleuchten. Doch das waren längst nicht alle: Eine Schlüsselrolle spielt die *Gesellschaft für Reaktorsicherheit* (GRS). Sie ist traditionell atomfreundlich und leitet die „Vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben“ (VSG). An der Analyse beteiligt ist auch das *Institut für Endlagerforschung der TU Clausthal* – finanziert von der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS), die den AKW-Betreibern gehört – und das *Karlsruher Institut für Technologie* (KIT). Der Rechtsvorgänger drängte in den Sechzigerjahren die Regierung, die Asse II als Atomklo zu nutzen und sah sie als mustergültiges Pilotprojekt für Gorleben.

Die *Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe* (BGR) wiederum wischt seit Jahrzehnten kritische Forschungsergebnisse zu Gorleben vom Tisch. Die BGR ist dem atomfreundlichen *Bundeswirtschaftsministerium* unterstellt. Eine Sonderrolle nimmt die *International Nuclear Safety Engineering GmbH* (NSE) ein. Einziger Gesellschafter ist der Atomlobbyist Bruno Thomauske. Die NSE soll für 800 000 Euro die wichtigsten geologischen und sicherheitsrelevanten Fragen beantworten. *Andreas Conradt* ✨



Die Fukushima-Mahnwache seit zwei Jahren auf dem Marktplatz in Dannenberg

Fukushima mahnt!

Jeden Montagabend – nun schon seit zwei Jahren und über 100 Mal – treffen sich auf dem Dannenberger Marktplatz Menschen zu einer Fukushima-Mahnwache. „Was soll das? Hier ist doch sonst um diese Zeit kein Mensch mehr!“ Diese Frage hören die Teilnehmerinnen und Teilnehmer oft. „Erinnern und damit Solidarität mit den Opfern in Japan,“ lautet die Antwort. „Wir sind uns bewusst, dass nach einem GAU immer auch vor einem neuen GAU ist. Harrisburg, Tschernobyl, Fukushima und dann?“ So erklärt eine Teilnehmerin die dringend notwendige Forderung, alle Atomanlagen sofort abzuschalten. Daneben dient die Mahnwache auch der Stärkung und dem Austausch untereinander. Es werden vergangene Ereignisse besprochen und neue Aktionen geplant. Am 11. März, dem zweiten Jahrestag der Katastrophe von Fukushima, haben viele Menschen aus dem Wendland – auch mit Treckern – diese Mahnwache unterstützt. Sie hoffen, dass damit aus Wut Mut und aus Trauer Power wird. Vielleicht werden einzelne von ihnen künftig die Mahnwache regelmäßig besuchen. Auf dem Marktplatz ist noch viel Platz. *Ingrid u. Werner Lowin* ✨

PROTEST-DAUERBRENNER

VOR 32 JAHREN



Verbotene Großdemonstration im Februar 1981 gegen das AKW in Brokdorf.

Long Time ago!

Ja, lange ist es her, und manchmal wird man von Ereignissen eingeholt, die längst im Unterbewussten verschollen sind. So kürzlich auf Gran Canaria. Ein Mann kam auf mich zu und fragte, ob ich Marianne hieße, Marianne Fritzen, und ob ich aus Lüchow käme? Als ich bejahte fragte er stolz: „Erinnern Sie sich an die verbotene Demo in Brokdorf im Februar ‘81? Ich war Ihr Busfahrer!“ Und ob ich mich erinnere. Nur ein Busunternehmen ließ sich vom Appell der Bezirksregierung Lüneburg und hiesiger Politverantwortlicher nicht einschüchtern. Die Elbe-Jeetzel-Zeitung (EJZ) schrieb damals: „Der Beihilfe zu einer Straftat macht sich schuldig, wer Fahrzeuge zur Verfügung stellt, mit deren Hilfe eine strafbare Handlung möglich ist.“ Dem Busunternehmen Brokmann und dem Herrn von Gran Canaria sei heute noch Dank

für den Mut, sich diesem Diktat nicht gebeugt zu haben. Trotz des Verbots haben Bürgerinitiativen, Grüne, Jungsozialisten, Jungdemokraten und Zehntausende von Atomkraftgegnern den Gang durch die eiskalte Wilstermarsch angetreten. Wir haben demonstriert, „weil wir wissen, dass trotz aller Beteuerungen der Industrie die Atomkraftwerke ein unverantwortbares Risiko darstellen, dass eine schadlose Beseitigung des Atommülls nicht gewährleistet werden kann, dass der Strom bereits im Überfluss vorhanden ist und Atomkraftwerke zur Energieversorgung nicht notwendig sind.“ (EJZ 20.2.81) Die oft herbeigeredete Schlacht um Brokdorf fand damals genauso wenig statt, wie die Schlacht um Gorleben. Geblieben sind die Gefahren, die Ängste und die Opfer atomarer Katastrophen. *Marianne Fritzen* ✨

Endlagersuchgesetz? Mit Sicherheit keine Lösung

35 Jahre Schummeln und Taktieren in der Endlagersuche reichen, um zu zeigen, dass Politik und Wirtschaft nicht in der Lage sind, die sicherste Endlagermöglichkeit zu finden.

Das Endlager-Suchgesetz wie es jetzt vorgeschlagen wird hat am Ende doch nur Gorleben zum Ergebnis. Der Gorleben-Untersuchungsausschuss hat zu Tage gefördert, dass Gorleben aus rein politischen Gründen ausgewählt wurde. Geologische Eignungskriterien wurden immer wieder an die Unzulänglichkeit des Standortes Gorleben angepasst. Über Jahrzehnte wurden mit Gewalt und gegen den Willen der Bevölkerung Fakten geschaffen.

Wer jetzt versucht ein Endlagergesetz durchzusetzen, macht damit den fünften Schritt vor dem ersten.

Ein Vorhaben, das für über eine Million Jahre Bestand haben muss, darf nicht von Wahlkampf und Machtinteressen abhängig gemacht werden.

Deshalb fordern wir von der Politik:

1. Eine öffentliche Debatte über den zukünftigen Umgang mit Atommüll.
2. Es muss ein unabhängiges Kontrollgremium eingerichtet werden. Ein solches Verfahren muss frei von Wirtschafts- und Parteiinteressen sein.
3. Zu jedem Zeitpunkt eines Verfahrens müssen den Betroffenen Klagerechte eingeräumt werden.
4. Die Fehler der Vergangenheit müssen beenden werden. Gorleben darf nicht wieder untergemogelt werden.

All das spielt in dem vorliegenden Endlagersuchgesetz keine Rolle. Eine sichere und nachhaltige Lösung für den Atommüll muss her.

Hilf mit, bis zum 20. Mai 2013 10 000 Unterschriften gegen das Endlagersuchgesetz zu sammeln.

Unter www.bi-luechow-dannenberg.de haben wir eine Unterschriftenliste eingerichtet. Unterstütze unsere Forderungen in dem Du selber unterschreibst und Freunde und Bekannte einlädst, es Dir gleich zu tun.

Die gesammelten Unterschriften werden dem Bundesumweltminister noch vor der Sommerpause in Berlin übergeben.

Unsere Arbeit und eine Kampagne wie diese kosten Geld. Du kannst uns also auch unterstützen indem Du spendest. Schon kleine Beträge helfen. Große natürlich um so mehr.
*Lennart Müller **

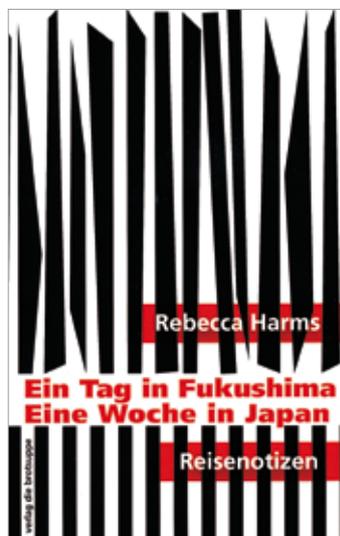
Gorleben kann kein Endlager werden!

Werde jetzt aktiv und setze ein klares Zeichen gegen ein Gesetz, das dir deine Rechte nimmt!

**Unterschreibe auf unserer Internetseite:
www.bi-luechow-dannenberg.de**

BUCH-TIPP

Knapp ein Jahr nach der Atomkatastrophe von Fukushima ging Rebecca Harms - Gründungsmitglied der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg und heute Europaabgeordnete der Grünen - auf Vortrags- und Recherchereise nach Japan. Im Gepäck hatte sie die Neugier auf die Lage in Japan ein Jahr nach Fukushima. Auf Veranstaltungen und in kleinen Runden traf sie Atomkraftgegner, Wissenschaftler, Journalisten, Politiker und Bürger. Ein Tag in der Region Fukushima war der traurige Schlüsseltag der Reise. In diesem Buch hat Rebecca Harms Notizen und Fotos der Reise versammelt.



Rebecca Harms,
„Ein Tag in Fukushima – Eine Woche in Japan. Reisenotizen“, brotsuppe-Verlag, 88 Seiten mit Fotos, 12,00 Euro, ISBN-Nr. 978-3-905689-40-2. Erhältlich auch im BI-Büro

Wenn auf internationaler Bühne über Endlagerung gesprochen wird, spielt neben geologischen und technischen Faktoren immer auch die zeitgemäße Beteiligung der Öffentlichkeit eine wichtige Rolle. Man orientiert sich dabei am Verständnis der Demokratie als Gemeinwesen emanzipierter Bürgerinnen und Bürger, die über ihr Wählervotum hinaus in staatliche Entscheidungen eingebunden sein wollen und berechtigt direkten Einfluss fordern. Bei der Suche nach dem bestmöglichen Atommüllendlager könnte ein Zukunftsrat analog einer Enquete-Kommission diese Beteiligung sicherstellen.

Das emanzipierte Demokratieverständnis der Mit- und Selbstbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern steht im Gegensatz zu veralteten Staatsvorstellungen repressiver Macht in Form der Durchsetzung von Entscheidungen gegen das Widerstreben der Betroffenen. „Entscheiden und verteidigen“ („decide and defend“) heißt dieses im Verwaltungsstaat noch allgegenwärtige Prinzip von vorgestern im Fachjargon.

Bereits 1969 veranschaulichte die US-Amerikanerin Sherry Arnstein mit ihrer „Leiter der Partizipation“

acht Stufen der Beteiligung. Die untersten beiden Stufen „Manipulation“ und „Therapie“ stufte sie dabei als „Nicht-Beteiligung“ ein, die folgenden Stufen der „Information“, „Anhörung“ und „Beschwichtigung“ als Alibi- oder Scheinbeteiligung oder auch als Grade der Vereinnahmung. Erst die letzten drei Stufen „Partnerschaft/Mitwirkung“, „Mitentscheidung“ oder am Ende „Selbstbestimmung“ identifizierte Arnstein als tatsächliche gesellschaftliche und politische Teilhabe.

Alle unteren Stufen der Beteiligung, oder treffender gesagt der Repression, einschließlich nichtöffentlicher Informationsgremien, der Zahlung von Wohlverhaltensgeldern und der wirkungslosen Anhörung von „Bedenken“, sind den Betroffenen am Standort Gorleben schon sattem bekannt. Immer sind sie allerdings auch einhergegangen mit der direkten Konfrontation repressiver staatlicher Macht: mit dem Einsatz von Wasserwerfern und Polizeiknüppeln. Mit dem neuen und perfiden Vorschlag eines Endlagersuchgesetzes, das die Planungsfehler Gorlebens nun nachträglich heilen soll, wird gleichzeitig das letzte und fundamentalste Beteiligungsrecht der Bürger ausgehebelt: Indem der Deutsche Bundestag die einzelnen Planungsschritte im Wege der „Legalplanung“ mit Gesetzescharakter beschließen soll, können Betroffene dieses staatliche Handeln nicht mehr verwaltungsrechtlich überprüfen lassen.

Einher geht das auf Durchsetzung angelegte Entscheidungsmodell mit der lauesten Form der Scheinbeteiligung, der Beschwichtigung. Völlig unbegründet wird die Hoffnung geschürt, dass die Politik neue Eignungskriterien beschließen werde, anhand derer Gorleben schon aus dem Verfahren fallen werde. Auf welchen Standort diese Kriterien allerdings stattdessen maßgeschneidert werden sollen, wird vorerst noch offen gelassen.

Die Abgeordneten, die in der Sache beschließen sollen, sind mit der Thematik der Endlagerung kaum vertraut. Sie sind ja auch überwiegend wegen ganz anderer politischer Inhalte gewählt worden. Selbst Minister machen bisweilen keinen Hehl daraus, dass sie erst wenige Monate mit diesem komplexen Thema kon-

MITBESTIMMUNG STATT BESCHWICHTIGUNG

Martin Donat über die Idee, einen Zukunftsrat zu bilden

frontiert und nur rudimentär informiert sind. Das Projekt eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle ist jedoch keine Biogasanlage oder Ortsumgehung. Sowohl an die Sorgfalt des Verfahrens, als auch an die Qualität der Öffentlichkeitsbeteiligung müssen höchste Ansprüche gestellt werden, die weit über alltägliche Planungsvorhaben hinaus reichen. Die Betroffenen sind weniger die heutigen Anwohner, als vielmehr Tausende zukünftiger Generationen. Deren Recht auf körperliche Unversehrtheit, den so genannten „Nachweltschutz“, sehen heutige Gesetze ebenso wenig vor, wie die „Beteiligung“ Ungeborener. Wie deren Ansprüche ausreichend berücksichtigt werden können, ist also ein mindestens ebenso wichtiger Bestandteil eines Endlagersuchverfahrens, wie die untrennbar damit verbundenen Fragen der Sicherheit durch Technik und Geologie.

Den einzigen in einem breiten Konsens getragenen Vorschlag zu einem gerechten Verfahren hat in Deutschland bisher der Arbeitskreis Endlager (AK-End) 2002 gemacht. Schon die Folgerregierung unter Angela Merkel setzte jedoch nichts von diesen international beachteten Vorschlägen um, sondern spekulierte weiter auf Gorleben.

Der AK-End hatte vorgesehen, einen unter Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeiteten Verfahrensvorschlag in einem zweiten Schritt gesellschaftlich zu diskutieren und erst daraufhin gesetzliche Regelungen zu treffen. Gerade diese gesellschaftliche Debatte war der zentrale Baustein des AK-End für die öffentliche Akzeptanz des Verfahrens.

Parteien funktionieren in der repräsentativen Demokratie quasi im marktwirtschaftlichen Wettbewerb und sind auf kurzfristigen Erfolg angelegt. Schon deshalb bedienen Regierung und Gesetzgeber sich verfassungsgemäß Behörden, deren ausführendes staatliches Handeln nicht nur der parlamentarischen, sondern auch der juristischen Kontrolle unterliegt.

Langfristige und komplexe Prozesse – wie ein Auswahlverfahren für ein Endlager – werden für gewöhnlich durch Enquetekommissionen begleitet. Ein analog zu einer solchen Kommission pluralistisch besetzter

Zukunftsrat darf jedoch nicht als einflusslose Begleitkommission, wie im derzeitigen Gesetzentwurf vorgesehen, als Feigenblatt dienen, sondern muss eine unabhängige externe Qualitätskontrolle und öffentliche Überwachung des Verfahrens sicherstellen. Dafür bedarf es sowohl der Möglichkeit, falsche Entscheidungen zu revidieren und Schritte zurück zu gehen, als auch der Kompetenz, Entscheidungen zurück zu überweisen. Obwohl auch ein Zukunftsrat von Parlamenten nach politischem Proporz benannt würde, sollte er doch pluralistisch unter Einbeziehung wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Kompetenz und jenseits des aktuellen Wettbewerbs besetzt werden, um das Vertrauen in die langfristige Glaubwürdigkeit eines verantwortungsvollen Verfahrens zu rechtfertigen. Dann allerdings könnte er ein wichtiger Beitrag zu einem echten Neuanfang in der Endlagersuche sein. ✨

Verursacher kennen keine Grenzen
Der Bundesverband Christliche Demokraten gegen Atomkraft (CDAK/Mainz) spricht der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg größte Anerkennung für ihren seit Anbeginn geleisteten Widerstand gegen den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) und eines Atommüll-Endlager in Gorleben aus. Petra Pauly, Sprecherin der atomkritischen CDU/CSU-Mitglieder betonte in einer Grußadresse anlässlich des größten Vorstandstreffens in der Geschichte der Bürgerinitiative am 24. Februar: „Die Verursacher radioaktiver Kontamination kennen offenbar keine Grenzen und bedrohen das Leben und die Gesundheit vieler Generationen. Mit Ihrem Engagement setzen Sie demokratische Glanzpunkte. Beherzte Menschen tragen somit im Landkreis Lüchow-Dannenberg dazu bei, unseren Planeten gesund zu erhalten und den kommenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen. Ihr Widerstand gilt seit fast zwei Generationen einer inhumanen Technik, bei der im schlimmsten Fall mit massiven radioaktiven Freisetzungen zu rechnen ist. Deshalb ist Ihr segensreiches Wirken im Gegensatz zur desaströsen und volkswirtschaftlich ruinösen Nuklearwirtschaft so wegweisend. Sie leben christliche Werte und setzen sich im niedersächsischen Wendland seit Jahren zukunftsweisend ein für ein Leben im Einklang mit der Schöpfung und ihrem Schöpfer, sowie mit den Menschen der heutigen und der kommenden Generationen“

Hör-Tipp

Im Streit über die Endlagersuche für hoch radioaktiven Atommüll plädiert die Politikwissenschaftlerin Patrizia Nanz für mehr Bürgerbeteiligung. Um einen möglichst großen gesellschaftlichen Konsens zu erzielen, schlägt sie vor einen Zukunftsrat zu bilden.

Interview auf Deutschlandradio Kultur:

www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/1964585

Großfamilie: 36 Jahre wendländischer Widerstand

Am 22. Februar 1977 verkündete Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU), dass in der Nähe von Gorleben ein Nukleares Entsorgungszentrum gebaut werden sollte. Dieser Tag der Standortbenennung jährte sich nun zum 36. Mal. Ein guter Grund, daran zu erinnern, dass Gorleben vollkommen willkürlich bestimmt wurde, Atommüll für die Ewigkeit zu lagern.

Dieses Jahr wurden alle eingeladen, die im Laufe der Jahre im Vorstand der Bürgerinitiative (BI) aktiv waren. Locker ging es zu. Es kamen zum Fototermin vor den Toren des sogenannten Erkundungsbergwerks ehemalige Vorstandsmitglieder aus allen Zeiten des Gorleben-Widerstandes.

102 Menschen waren in den 36 Jahren im BI-Vorstand, einige nur ein Jahr, viele aber längere Zeit.

An der Spitze wurde die Arbeit

meistens von Frauen getragen. 1977 ging diese Tradition mit Marianne Fritzen los, später folgten ihr Lilo Wollny, Susanne Kamien und viele andere Frauen, von denen etliche an diesem Tag nach Gorleben kamen. Wolfgang Ehmke, Vorstandsmitglied mit der längsten Amtszeit, freute sich über die Erfolge dieser „Großfamilie“: „Wir haben eine WAA in Gorleben verhindert und das Jahr 1999 ging vorbei, ohne dass ein Endlager in Gorleben eröffnet wurde. Die Anti-Atom-Bewegung hat die Neunzigerjahre nur dank unserer Hartnäckigkeit und unseres Durchhaltewillens überlebt.“ Die BI-ler seien in der Tat zu einer Großfamilie zusammengewachsen, verbunden durch ihre Überzeugungen und ihre gemeinsame Arbeit gegen den Atomwahnsinn. Es gab an dem Tag viel zu lachen und zu klönen, aber im Laufe des 36 Jahre währenden Widerstandes verstarben auch neun Vorstandsmitglieder. Der Verstorbenen gedachten die An-



wesenden BI-ler, indem die Namen der Toten verlesen wurden. Mit Blick nach vorne skizzierte der BI-Vorsitzende Martin Donat – ja, dieses Jahr ist „ausnahmsweise“ ein Mann BI-Vorsitzender – die Aufgaben der nächsten Monate: „Es gilt zu verhindern, dass Gorleben durch die Hintertür des Endlagersuchgesetzes doch noch zu einem Atommüll-Endlager wird. Dieses Gesetz würde ein Gorleben-Erzwingungsgesetz sein.“

Torsten Koopmann ✨

BI AKTIV

„Größte Vorstandssitzung der Geschichte“:

Zum 36. Jahrestag der Standortbestimmung Gorlebens lud die BI alle Vorstandsmitglieder seit Gründung zu einem Treffen ein. Zahlreiche Mitstreiterinnen und Mitstreiter folgten der Einladung und blickten auf die lange Geschichte des Gorleben-Widerstands zurück. (s. Artikel oben) **„Fracking bald auch im Wendland?“**: Der Physiker Oliver Kalusch hat in Lüchow ausführlich über Verfahren und Gefahren des umstrittenen Frackings berichtet. Dabei werden chemische Substanzen ins Erdreich gepresst und damit die die Rohstoffe umschließenden Ge-

steine aufgebrochen und ein besserer Förderfluss erreicht. Die BI bemüht sich um die Gründung einer „Fachgruppe Fracking“. **„Fukushima-Jahrestag“**: Die BI beteiligte sich an der Aktions- und Menschenkette um das AKW Grohnde. Auf dem Abschnitt bei Laatzen, zu dem die BI mobilisiert hatte, wurden Stroh puppen gebastelt, die in besonderer Form an die Opfer von Fukushima erinnern sollten. Am 11. März fand zudem eine große Demonstration in Dannenberg statt. Die „Montagsmahnwache“, die seit der Katastrophe von Fukushima jeden Montag von Atomkraftgegnerinnen und Atomkraftgegnern organisiert wird, wurde

Was war los?

an diesem Jahrestag besonders zahlreich durch Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus dem Wendland unterstützt. (s. Seite 6) **„Tschernobyl-Jahrestag“**: Als kleinen Ausblick erwähnen wir an dieser Stelle den Tschernobyl-Jahrestag. Ein Bündnis aus Anti-Atom-Initiativen ruft in diesem Jahr zu großen Aktionen an den Standorten Brokdorf und Grafenrheinfeld auf. Die BI will möglichst geschlossen nach Brokdorf reisen. Dort sollen am 21. April zahlreiche Aktionen stattfinden. Aktuelle Informationen findet Ihr auf unserer Homepage und in unserem Mail-Newsletter, der jederzeit bei der BI bestellt werden kann. **„Lesen ohne Atomstrom“**: Im April dieses Jahres wird sich die BI erstmals mit einem eigenen Beitrag an der Kampagne „Lesen ohne Atomstrom“ in Hamburg beteiligen. Der Termin wird der BI-Webseite und dem Mail-Newsletter zu entnehmen sein.

Torben Klages ✨

In eigener Sache

Wir bitten euch um Nachricht, wenn die Zusendung der Gorleben Rundschau nicht erwünscht ist, denn das spart uns Geld. Wenn ihr die Rundschau weiter zugesandt haben möchtet, bitten wir um möglichst regelmäßige Unterstützung des Projekts.

Auftritt Altmeier

Er kam, er hörte zu, er blieb knallhart! Einen Tag nach den Niedersachsen-Wahlen kam der Bundesumweltminister zu seinem ersten Besuch ins Wendland. Der große Moderator hatte ein Ohr für die Argumente („Schreiben Sie mir!“), versprach wiederzukommen („Ich komme so oft Sie wollen!“). Doch er kam mit leeren

Händen und leeren Versprechungen. Er wolle mit seinem Gorleben-Eilgesetz warten, sagte der CDU-Politiker, bis sich die neue Landesregierung in Hannover konstituiert habe. Doch schon eine Woche später kursierte der neueste Entwurf des Endlagersuchgesetzes ... Altmaier hatte sich in einer öffentlichen Veranstaltung von Bäuerlicher Notgemeinschaft und Bürgerinitiative vor 500 Menschen klar zu der Linie bekannt, im Parteienkonsens ein Endlagersuchgesetz durchzusetzen, das weder Klage- oder Kontrollrechte für betroffene andere Regionen enthalten soll und das Gorleben „im Topf“ lässt. Halt Altmaier, nicht Neumaier. Sein joviales und schlagfertiges Auftreten kann nicht übertünchen, dass insgeheim mit dem Vorsprung Gorlebens, dem Ausbau des Erkundungsbergwerks, den Daten der „vorläufigen Sicherheitsanalyse“ ein faires Verfahren mit Gorleben „im Topf“ gar

nicht möglich ist. Die Gorleben-Gegner erwarten jetzt „klare Kante“ von einer rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen. Das Bundesland trägt mit der Asse II, dem Schacht Konrad und dem geplanten Gorleben-Projekt jahrzehntelang die Last.

Wir erwarten, dass Rot-Grün ein Vetorecht bei den Verhandlungen in Berlin durchsetzt, um endlich die gesamtgesellschaftliche Debatte zu ermöglichen, die einem Gesetz vorgeschaltet sein muss. Die erdrückenden geologischen Einwände gegen Gorleben und die Fragwürdigkeit der Salzlinie bei der Atommülllagerung sind gewichtiger als furcht- und fruchtlose Auftritte Altmeiers.

Wolfgang Ehmke ✨



21. Januar 2012: Bundesumweltminister Peter Altmaier während einer Podiumsdiskussion mit Atomkraftgegnern in Lüchow-Dannenberg.



GLOSSE

Verdorbenen Fisch

Stellen wir uns vor, Herr Altmaier lädt wieder Jürgen Trittin und Siegmund Gabriel zum Küchengespräch mit gutem Essen ein. Er kauft bei dem Fischhändler seines Vertrauens einen teuren, wunderbaren Fisch, er kauft guten Wein, andere edle Zutaten und freut sich auf einen gelungenen Abend. Kurzum: Er investiert viel Zeit und Geld in die Vorbereitung, und dann ist der Fisch im Topf und er merkt, dass der Fisch verdorben ist. Was wird er als verantwortungsvoller Gastgeber tun? Wohl doch hoffentlich den Topf vom Herd nehmen, den teuren Fisch und die edlen Zutaten in den Müll schmeißen, den Topf sauber machen und neu kochen, selbst auf die Gefahr hin, das es auf einen Abend mit Bratkartoffeln und Spiegelei hinaus läuft.

Was sie aber mit uns machen wollen, ist, uns den verdorbenen Fisch mit einer raffinierten Sahnesoße zu servieren und in Kauf zu nehmen,

dass wir alle an einer Lebensmittelvergiftung schwer erkranken und eine Epidemie in Gang setzen, die auch völlig ungerührt die bayrische Landesgrenze überspringt, in der Grünen-Parteizentrale wütet und unser aller Leben in Gefahr bringt.

Wie der verdorbene Fisch zum Fischhändler und schließlich in den Topf gelangt ist, das hat übrigens der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zu Gorleben hinlänglich geklärt.

Elisabeth Haffner ✨

„Der fünfte Schritt vor dem ersten. Warum dieses Endlagersuchgesetz der falsche Weg ist.“

So betitelt die BI ihr neues Heft aus der Reihe „zur Sache“. In sieben Beiträgen stellt sie ihre Argumente gegen das Endlagersuchgesetz vor. Die Texte stammen von Rednern, die während des Besuchs von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) zu verschiedenen Aspekten gesprochen hatten. Das Heft kann per Mail kostenlos bestellt werden: buero@bi-luechow-dannenberg.de



KRITIK IST NICHT ERWÜNSCHT!

Lennart Müller im Gespräch mit dem Geologen Marcos Buser



Marcos Buser spricht auf der Atommüllkonferenz in Kassel

Der an der Eidgenössischen Technischen Hochschule diplomierte Geologe Marcos Buser (63) ist seit 1981 als Gutachter und Experte im Bereich Deponie- und Altlastensanierung und nukleare Abfälle tätig – und außerdem Mitglied wichtiger Kommissionen des schweizerischen Atomprogramms. Zuletzt war er – auf Einladung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg – Redner auf der Atommüllkonferenz der Anti-Atom-Initiativen in Kassel.

GR: „Wie lange beschäftigen Sie sich schon mit dem Thema „Endlagerung“?“

MB: „Die ersten Arbeiten erledigte ich 1977, es war sozusagen ein Einlesen in die Thematik. Ich hätte damals nie gedacht, dass ich mehr als 35 Jahre am Thema hängen bleiben sollte.“

GR: „Was war Ihre Rolle im schweizerischen Suchverfahren?“

MB: „Ich wurde 2008 in die Eidgenössische Kommission für nukleare Sicherheit (KNS) berufen, die eine Zweitmeinung im Suchverfahren äußern sollte. Zur Konzeptausarbeitung wurde ich nicht eingeladen – ich hätte das Sachplankonzept so auch nicht unterstützen können.“

GR: „Wie sind Sie zu dieser Rolle gekommen?“

MB: „Die Behörden brauchten kritische Experten. Indem ich in die KNS eingebunden wurde, schien die Rechnung für die Behörde und die dahinter steuernde Atomwirtschaft aufzugehen, Kritik mehr oder weniger zu unterbinden. Ich warnte innerhalb der bestehenden Strukturen, die Kritiken wurden akustisch auch gehört, aber die zuständigen Behörden gingen gar nicht darauf ein. Es ist eine Feststellung, die viele Menschen im Sachplanverfahren gemacht haben: Vertreter der Kantone, der Regionen und des angrenzenden Deutschlands machen genau diese Erfahrung: Man wird ignoriert, sobald Kritik am Konzept erfolgt. Dabei hat das Sachplanverfahren fundamentale Konstruktionsfehler, die nicht zu übersehen sind. Ist man nicht bereit, diese anzugehen und zu korrigieren, wird auch dieses Projekt scheitern.“

GR: „Was waren Ihre Erwartungen an den Suchprozess?“

MB: „Von offizieller Seite hieß es, dieses Projekt sei völlig transparent und ergebnisoffen. Man ginge von einer weißen Schweizer Karte aus

Der ASSE-Skandal

Im ehemaligen Salzstock verrotten die Atommüllfässer und kaum etwas passiert. Was sind die wahren Hintergründe für den Skandal?

Ein NDR-Film von Gesine Enwaldt und Kersten Schüßler.

www.ndr.de/regional/niedersachsen/minuten691.html

und die Standortregionen dürften am Prozess und damit auch an den Entscheiden teilnehmen. Es geht aber bei diesem Prozess nicht um Partizipation, sondern um Konsultation, also Anhörung. Man hört zu, die Entscheide fällt aber die Behörde. Die Erwartungen in den Suchprozess waren seitens der Bevölkerung enorm und wurden von den prozesssteuernden Behörden bei jeder Gelegenheit auch gestützt. Ich war von Beginn weg skeptisch, denn ich hatte bereits einen fehlgeschlagenen Prozess bei der Standortwahl von Deponien im Kanton Aargau erlebt. Dennoch gibt man solchen Prozessen immer wieder eine Chance, obschon die Erfahrungen eigentlich dagegen sprechen.“

GR: „Was hat Sie dazu bewogen, aus dem Prozess auszusteigen?“

MB: „Ich habe über Jahre versucht, das Verfahren konstruktiv zu hinterfragen. Immer wieder hört man von den zuständigen Behörden, Kritik sei fundamental und notwendig. Tut man es dann aber, reagieren die Prozessverantwortlichen aber beleidigt und mit Abwehr. Kritik ist nur verbal erwünscht, nicht aber in der Praxis. Als ich dann zunächst Hinweise und später schriftliche Belege für die weitreichenden Manipulationen am Prozess erhielt, habe ich die verantwortlichen Stellen zum Handeln aufgefordert. Als dies nichts nützte, bin ich aus der KNS ausgetreten und habe die Schiebereien über die Medien publik gemacht.“

GR: „Wo liegen die Probleme im schweizerischen Verfahren? Wie wird damit umgegangen?“

MB: „Es gibt unterschiedliche Problemebenen: Sachlich haben wir nun einmal nur eine Region, die sich für ein Endlager für hochaktive Abfälle eignen könnte: das Zürcher Weinland. Gegen diese Feststellung ist nichts einzuwenden. Problematisch ist aber, wenn ein Standortwahlverfahren so konzipiert ist, dass es dann zwingend zu dieser Region führen muss. Von allem Anfang an wussten alle Beteiligten, dass die Voraussetzungen für ein HAA-Endlager im Zürcher Weinland am besten sind und die anderen Standorte kaum geeignet oder schlichtweg

ungeeignet sind. So aber hat man ein Scheinverfahren in Gang gesetzt, dass wissenschaftlich beweisen sollte, dass das Weinland - als einziger möglicherweise geeigneter Standort - tatsächlich der beste Standort ist. Damit führt man aber die Leute an der Nase herum.

Das wirkliche Problem hinter einem solchen Prozess ist, dass die Atomkraftwerklobby weiterhin das Sagen bei der Planung und Ausführung des Standortwahlprozesses hat und die Behörden im Grunde genommen Zuträger in diesem Prozess sind. Die Behörden sind abhängig vom Wissen der Verursacher - eine ideale Ausgangsbasis, um die Behörden gefügig zu machen. Dieses Phänomen wird auch „regulatory capture“ genannt, das Kapern des Regulators. Solange solch offensichtliche Gefälle in Wissen, Erfahrung und Projektsteuerung zwischen ausführenden Institutionen und prozesssteuernden und überwachenden Gremien vorhanden sind, wird sich kein faires Standortwahlverfahren ausführen lassen.“

GR: „Was sind wichtige Voraussetzungen für ein gelungenes Verfahren?“

MB: „Es gibt viele Voraussetzungen, die genannt werden können. Als wichtigste würde ich nennen: persönliche Integrität von Leuten, die im Verfahren eingebunden sind. Ein kluges Verursacherprinzip, dass den Verursachern die Kosten auferlegt, die Verwaltung der Gelder aber in öffentlicher Hand belässt. Kompetenz bei den Behörden, sehr viel Kompetenz. Dann: eine Kontrolle der prozesssteuernden Behörde durch eine unabhängige, mit Vetorecht ausgestattete Expertenkommission. Sodann eine Qualitätssicherung, die diesen Namen verdient. Schließlich die Erkenntnis, dass ein Endlager, als langzeitwirksame Risikoquelle, ohne Zustimmung durch eine Region niemals realisiert werden kann.“

GR: „Inwieweit muss die Bevölkerung eine Kontrollfunktion in einem Verfahren einnehmen? Wie kann das aussehen?“

MB: „Das Forum on Stakeholder Confidence zeigt einen Weg, der

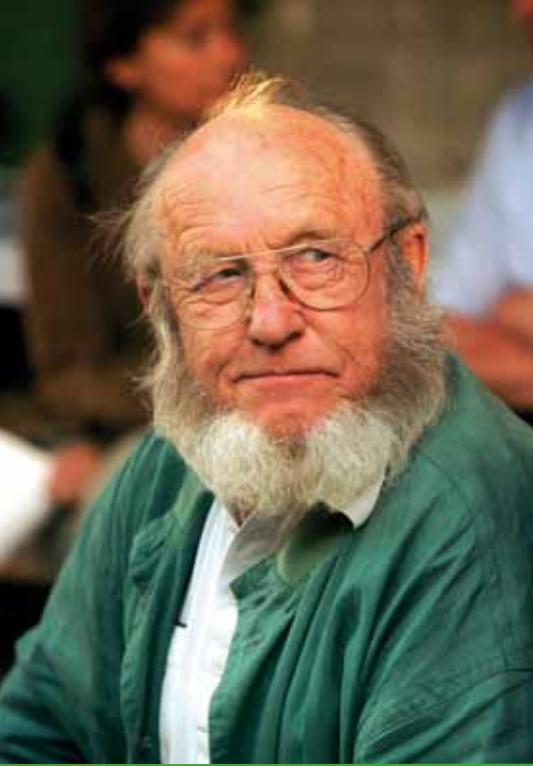
„Kritik ist nur verbal erwünscht, nicht aber in der Praxis.“

gegangen werden könnte. Das Vertrauen der Bevölkerung kann aber nur dadurch gesichert werden, dass Entscheidungsgewalt in die Hände der Betroffenen gelegt wird. Dies ist der zentrale Punkt an dem sichtbar wird, ob es das Nuklearsystem ernst mit der Beteiligung der Betroffenen meint. Einbindung der Betroffenen heißt auch bis zu einem weiten Punkt Verzicht auf Macht.“

GR: „Inwieweit spielt Moral und Ethik eine Rolle im Umgang mit Atommüll?“

MB: Eine zentrale Rolle: ich weise immer wieder darauf hin, dass es unmoralisch ist, den Atommüll den künftigen Generationen in Langzeitzwischenlagern zu hinterlassen. Genauso unmoralisch ist es aber, unseriöse Konzepte und Projekte durchzuführen, die zu Desastern à la Asse führen. Davon gibt es genügend schlechte Beispiele. Wir müssen einen Weg finden, die Sachzwänge, die uns die Atomenergie hinterlässt, pragmatisch und mit höchster Kompetenz anzugehen, gezielt aber ohne Überstürzung, mit den erforderlichen Korrekturmöglichkeiten, und ohne die Kostenlawine zu scheuen, die sich bereits am Horizont auftürmt.“

Hinweis: Redewendungen wurden im schweizerischen Hochdeutsch belassen, das Schriftbild jedoch der deutschen Rechtschreibung angepasst. *



ZEITENWENDE AUF DEM DORFPLATZ

Blutüberströmt im Führerhaus seines Traktors, die Hände abwehrend erhoben, umringt von knüppelnden Polizisten - die Bilder von Adi Lambke gingen 1996 durch die Medien.

Seinen Widerstand gegen die Pläne, in seiner Heimat ein Atomüll-Endlager einzurichten, sah er auch in der Tradition der Bundschuh-Bewegung der aufständischen Bauern in den Jahren 1493 bis 1517. Sie gilt als eine der Wurzeln des Bauernkrieges Anfang des 16. Jahrhunderts, und irgendwie wiederholte sich hier im

Wendland des ausgehenden 20. Jahrhunderts die Geschichte. Wenn Adi Lambke auf seinem Fendt als einer der Ersten einen Treck anführte, dann wehte auf der einen Seite stets die Wendlandfahne, auf der anderen die der Bundschuh-Bewegung.

Der Landwirt verband mühelos alte Wurzeln mit modernem Denken und Handeln. Er war in mehrfacher Hinsicht ein wendländisches Urgestein: Seine Familie bewirtschaftete den Hof in Jameln seit 1711, und als 1977 die Pläne für Gorleben bekannt wurden, war Adi Lambke Mitbegründer der Bäuerlichen Notgemeinschaft.

Vorneweg zu gehen gehörte zu seiner Lebensgeschichte. 1979 war er einer der führenden Köpfe des legendären Hannover-Trecks in die Landeshauptstadt, der den damaligen Ministerpräsidenten Albrecht (CDU) zur Aufgabe der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage im Gorlebener Forst zwang. Ein Jahr später hat er die Bewohner des Hüttendorfes „Republik Freies Wendland“ unterstützt, als viele seiner Nachbarn im Einklang mit der CDU-geführten Kreisverwaltung und weiten Teilen von Polizei und Verfassungsschutz wegen der langhaarigen Hippies und Kommunisten noch die Übertragung von Seuchen befürchteten.

Vielleicht begannen hier seine Zweifel an dem Gebaren auch „seiner“ Partei, der FDP, der er irgendwann den Rücken kehrte, um als einer der ersten Grünen im Lüchow-Dannenberg-Kreistag zu sitzen.

Und auch bei der Landwirtschaft ging Adi Lambke vornweg. Er hat die Interessengemeinschaft gegen Nachbargebühren angeführt und jahrelang gegen Großkonzerne gekämpft, die das Recht am Saatgut allein für sich beanspruchten – bis zum Bundesgerichtshof. Als Pionier leitete er zudem einen der ersten Neulandbetriebe und war Mitbegründer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Seine Bekanntheit aber verdankte Adi Lambke einem spontanen Einsatz bei der Blockade der Bundesstraße in seinem Dorf:

Als im Morgengrauen des 7. Mai 1996 ein leerer LKW-Tieflader aus Lüchow nach Dannenberg unterwegs war, um dort einen Castorbehälter aufzunehmen und ins Zwischenlager nach Gorleben zu bringen, besetzten rund 50 Demonstranten die Bundesstraße in Jameln. Drei Tage zuvor hatten sie

zusammen mit weiteren 4000 Atomkraftgegnern gegen diesen Atomülltransport aus La Hague nach Gorleben demonstriert.

Deeskalation war damals noch ein Fremdwort, und so räumte die Polizei die Blockierer ohne Vorwarnung mit Wasserwerfern und Knüppeln

Dokumentation des Castortransports 1996:

www.spiegel.tv/filme/der-zweite-castor-transport

und schleifte sie, zum Teil an den Haaren, von der Straße. Das anwesende ARD-Fernsehteam war fassungslos ob der Brutalität des Einsatzes. Danach war auch im Demonstrationserprobten Wendland nichts mehr, wie es vorher war. Denn dann kam Adi Lambke, damals 65 Jahre alt. Lambke gehörte zu der Sorte Menschen, die nicht tatenlos zusehen können. Er war mit seinem größten Fendt-Traktor mitten auf die Bundesstraße gefahren und hatte sich schützend zwischen Wasserwerfer und die friedlich sitzenden Demonstranten gestellt. Der Landwirt versuchte verzweifelt, von innen beide Türen zuzuhalten, während wild gewordene Polizeibeamte sämtliche Traktorscheiben zertrümmerten und Lambke mit Knüppelhieben traktierten. Blutüberströmt, von Glassplittern übersät und mit zerrissenem Hemd wurde er vom Trecker gezogen – wie ein Stück Vieh. Diese Bilder gingen mit den Abendnachrichten um die Welt. Doch sie waren ein Pyrrhussieg für die Staatsgewalt und bewirkten eine Zeitenwende bei den Atomkraftgegnern.

Die mutige Aktion eines einzigen Landwirtes und noch viel mehr die blutige Reaktion der Polizei führten zu einer ungeahnten Solidarisierungswelle mit den Atomkraftgegnern in der Provinz.

Beim darauf folgenden Castortransport 1997 stellten sich 20 000 Menschen der Atomüllfuhr in den Weg. 517 Traktoren führten den Protest in einem schier endlosen Zug an. Am Führerhaus des ersten Traktors wehte auf der einen Seite die Wendlandfahne, auf der anderen die der Bundschuh-Bewegung.

Adi Lambke ist am 30. Januar 2013 im Alter von 82 Jahren gestorben. *Andreas Conradt* ✨



BLICKWEXEL

Von der Nichteignung Gorlebens für die Lagerung von Atommüll überzeugt, hat die Bürgerinitiative Uelzen gegen Atomanlagen in Turda im rumänischen Transsylvanien eine geeignete Nutzung für die wendländischen Anlagen gefunden. Der Salzstock wird dort erfolgreich als Freizeitpark betrieben. Für Groß und Klein wird einiges geboten: Konzerte, Historie des Salzabbaus, Sicherungsmaßnahmen, Kegelbahn, Riesenrad, Billard, Tischtennis, Minigolf und ein Spielplatz. Wie für einen Salzstock üblich gibt es Wasserzuflüsse, was Bootsfahrer unter Tage freut, was aber eben auch aus den Atommülllagern Asse und Morsleben bekannt und im Gorlebener Salzstock ebenso gegeben ist. Diese Wasserzuflüsse sind nicht vereinbar mit der Lagerung von Atommüll, da Korrosion frei Haus gleich für die Lagerbehälter mitgeliefert wird. Für ein künftiges „Bad Gorleben“ wäre Wasser im Salzstock aber ideal...

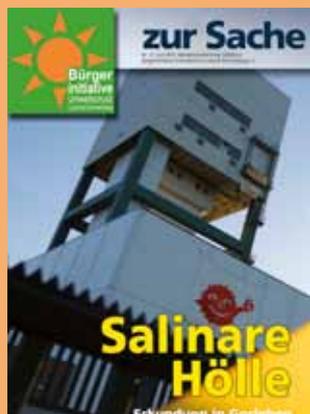
Diese Flyer und Infobroschüren können im BI-Büro telefonisch bestellt werden. Weitere Artikel finden Sie auf unserer Internetseite!

www.bi-luechow-dannenberg.de



Entsorgungs-Fiasco:
Die Broschüre ist ein Versuch, eine Atommüllbilanz zu ziehen. Das Heft knüpft an die Tradition der Gorleben Gegner an, klare Fakten zu liefern, die von der Bundesregierung nicht erbracht werden.

52 Seiten, DIN A5. Aus der Reihe: zur Sache, Nummer 2, 7. vollständig überarbeitete Auflage, März 2012



Salinare Hölle:
Resümee einer Fachtagung, zu der die BI im April 2010 Wissenschaftler einlud, um die Argumente gegen ein Endlager für hochradioaktive Abfälle im Salzstock Gorleben-Rambow aufzufrischen.

60 Seiten, DIN A5. Aus der Reihe: zur Sache, Nummer 11, 2. Auflage, Juni 2012



„Der fünfte Schritt vor dem ersten. Warum dieses Endlagersuchgesetz der falsche Weg ist.“ So betitelt die BI ihr neues Heft aus der Reihe „zur Sache“. In sieben Beiträgen stellt sie ihre Argumente gegen das Endlagersuchgesetz vor. Die Texte stammen von Rednern, die während des Besuchs von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) zu verschiedenen Aspekten gesprochen hatten.



Fukushima – eine humanitäre Katastrophe:
Informationen über die Geschehnisse in Japan, das Schweigen der Regierung und den Aufbau eines Gesundheitszentrums in Fukushima.

8 Seiten, 21 x 10,5 cm.



Gorleben geht gar nicht:
Geologie, Lügen und Trickereien verbieten die weitere Erkundung in Gorleben. Der Salzstock ist ungeeignet, der Standort verbrannt.

16 Seiten, 21 x 10,5 cm.



Fliegen ohne Landebahn:
Basisinformationen von den Experten aus dem Wendland. Argumente gegen die gefährlichste Technologie seit Bestehen der Menschheit.

16 Seiten, 21 x 10,5 cm.



Spendenkonto
Kontonummer: 0044060721
Bankleitzahl: 25850110
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 - 16 • Di, Do: 9 - 18
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de